

Entpolarisierung statt Mobilisierung. Die Bundestagswahl vom 27. September 2009

1. Wahlergebnis

Die zweite Große Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik endete mit Negativrekorden für die Regierungspartner und Spitzenergebnissen für die Oppositionsparteien. Bei der Bundestagswahl 2009 musste die CDU/CSU – bereits von niedrigem Niveau kommend – erneut leichte Einbußen hinnehmen und erreichte mit 33.8 Prozent ihr schlechtestes Resultat seit 60 Jahren. Die SPD, 2005 noch auf Augenhöhe mit der Union, fiel bei zweistelligen Verlusten auf einen Tiefstand von 23.0 Prozent. Dagegen kamen die FDP mit 14.6 Prozent, die Linke mit 11.9 Prozent sowie die Grünen mit 10.7 Prozent auf ihr jeweils bestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl. Die sonstigen Parteien zusammen konnten mit 6.0 Prozent ebenfalls einen größeren Wähleranteil binden als noch 2005. Die Wahlbeteiligung war 2009 mit 70.8 Prozent so niedrig wie nie bei einer Bundestagswahl und sank im Westen (72.2 Prozent) um gut sechs Punkte und im Osten (64.7 Prozent) sogar um knapp zehn Punkte im Vergleich zur Vorwahl.²

Mit 239 Sitzen für die Union, davon 24 Überhangmandaten, und 93 Sitzen für die FDP erhielt Schwarz-Gelb am Wahltag eine klare parlamentarische Mehrheit, die selbst ohne Berücksichtigung der Überhangmandate zustande gekommen wäre. Dies war vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 2008, wonach die Regelungen des Bundeswahlgesetzes, die ein negatives Stimmgewicht zur Folge haben können, verfassungswidrig seien und bis 2011 geändert werden müssten, nicht unwichtig, da mögliche Diskussionen über die Legitimität der künftigen Regierung damit hinfällig waren. Der Mandatsanteil der SPD schrumpfte um gut ein Drittel auf 146 Sitze, dagegen konnten die Linke und die Grünen mit 76 bzw. 68 Sitzen deutlich mehr Abgeordnete in den 17. Deutschen Bundestag entsenden.

1 Die Autoren sind Stefan Hunsicker, Matthias Jung, Bernhard Kornelius, Annette Mayer, Yvonne Schroth und Andrea Wolf.

2 Zum Ausgang der Bundestagswahl 2005 insgesamt u. a.: Forschungsgruppe Wahlen 2009c; Jung und Wolf 2005; Kornelius und Roth 2007.

Tabelle 1: Amtliche Bundestagswahlergebnisse von 1990 bis 2009 (Angaben in Prozent)

Bundestagswahl	1990			1994			1998			2002			2005			2009		
	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
Wahlbeteiligung	77.8	78.6	74.5	79.0	80.5	72.6	82.2	82.8	80.0	79.1	80.6	72.8	77.7	78.5	74.3	70.8	72.2	64.7
CDU/CSU	43.8	44.3	41.8	41.4	42.1	38.5	35.1	37.0	27.3	38.5	40.8	28.3	35.2	37.5	25.3	33.8	34.6	29.8
SPD	33.5	35.7	24.3	36.4	37.5	31.5	40.9	42.3	35.1	38.5	38.3	39.7	34.2	35.1	30.4	23.0	24.1	17.9
FDP	11.0	10.6	12.9	6.9	7.7	3.5	6.2	7.0	3.3	7.4	7.6	6.4	9.8	10.2	8.0	14.6	15.4	10.6
Linke*	2.4	0.3	11.1	4.4	1.0	19.8	5.1	1.2	21.6	4.0	1.1	16.9	8.7	4.9	25.3	11.9	8.3	28.5
Grüne	5.1	4.8	6.2	7.3	7.9	4.3	6.7	7.3	4.1	8.6	9.4	4.7	8.1	8.8	5.2	10.7	11.5	6.8
Sonstige	4.3	4.3	3.7	3.6	3.8	2.4	5.9	5.2	8.6	3.0	2.8	4.0	4.0	3.5	5.8	6.0	6.1	6.4

* Bis Juli 2005: PDS, von Juli 2005 bis Juni 2007: Die Linke.PDS.

Tabelle 2: Sitzverteilung im Deutschen Bundestag von 1990 bis 2009

	1990			1994			1998			2002			2005			2009		
	Gesamt	CDU/CSU	SPD	FPD	Linke*	Grüne	Sonstige	Gesamt	CDU/CSU	SPD	FPD	Linke*	Grüne	Sonstige	Gesamt	CDU/CSU	SPD	FPD
Gesamt	662	319	239	79	17	8	—	672	294	252	47	30	49	—	614	226	222	61
CDU/CSU	319	239	79	17	8	—	—	294	252	47	30	49	—	—	226	222	61	54
SPD	239	79	17	8	—	—	—	252	47	30	49	—	—	—	222	61	54	51
FPD	79	17	8	—	—	—	—	47	30	49	—	—	—	—	61	54	51	—
Linke*	17	8	—	—	—	—	—	36	47	—	—	—	—	—	54	51	—	—
Grüne	8	—	—	—	—	—	—	47	—	—	—	—	—	—	51	—	—	—
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

* Bis Juli 2005: PDS, von Juli 2005 bis Juni 2007: Die Linke.PDS.

Tabelle 3: Wahlergebnisse in den Bundesländern: Anteile an den gültigen Zweitstimmen 2009 (in Prozent)

	Wahl- beteil.	CDU/ CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Sonstige
Schleswig-Holstein	73.8	32.2	26.8	16.3	7.9	12.7	4.2
Hamburg	71.1	27.8	27.4	13.2	11.2	15.6	4.7
Niedersachsen	73.3	33.2	29.3	13.3	8.6	10.7	4.9
Bremen	70.1	23.9	30.2	10.6	14.3	15.4	5.5
Nordrhein-Westfalen	71.4	33.1	28.5	14.9	8.4	10.1	5.0
Hessen	73.7	32.2	25.6	16.6	8.5	12.0	5.1
Rheinland-Pfalz	72.0	35.0	23.8	16.6	9.4	9.7	5.6
Baden-Württemberg	72.4	34.4	19.3	18.8	7.2	13.9	6.4
Bayern	71.8	42.6	16.8	14.7	6.5	10.8	8.7
Saarland	73.7	30.7	24.7	11.9	21.2	6.8	4.8
Berlin	70.9	22.8	20.2	11.5	20.2	17.4	7.8
Brandenburg	67.1	23.6	25.1	9.3	28.5	6.1	7.4
Mecklenburg-Vorpommern	63.1	33.1	16.6	9.8	29.0	5.5	5.9
Sachsen	65.0	35.6	14.6	13.3	24.5	6.7	5.4
Sachsen-Anhalt	60.5	30.1	16.9	10.3	32.4	5.1	5.2
Thüringen	65.2	31.2	17.6	9.8	28.8	6.0	6.7
Bundesgebiet	70.8	33.8	23.0	14.6	11.9	10.7	6.0
Wahlgebiet West	72.3	34.7	24.1	15.4	8.3	11.5	5.9
Wahlgebiet Ost	64.7	29.7	17.9	10.6	28.5	6.8	6.3

Die stärksten Ost-West-Differenzen im Ergebnis traten, auch nachdem sich 2007 die damalige Linkspartei.PDS und die hauptsächlich im Westen aktive WASG zusammengeschlossen hatten, wieder bei der in "Die Linke" umbenannten Partei auf: Bei gleich hohen Zuwächsen lag sie im Osten mit 28.5 Prozent – ihrem hier bisher besten Ergebnis bei einer Bundestagswahl – fast gleichauf mit der führenden CDU, im Westen blieb sie mit 8.3 Prozent die schwächste der kleineren Parteien. Anders als bei der letzten Bundestagswahl kam die Linke jedoch jetzt in allen westlichen Bundesländern deutlich über fünf Prozent. Ihr Schwerpunkt lag mit 21.2 Prozent Lafontaine-bedingt erneut im Saarland, aber auch in Bremen (14.3 Prozent) und Hamburg (11.2 Prozent) erreichte sie zweistellige Prozentwerte. Das Ergebnis der SPD unterschied sich in den beiden Landesteilen ebenfalls deutlich. 2005 noch stärkste Partei in den neuen Bundesländern, rutschte sie jetzt mit 17.9 Prozent auf Platz drei ab. Vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt musste sie herbe Verluste hinnehmen und fiel dort fast auf die Hälfte ihres Stimmenanteils von 2005 zurück. Im Westen erhielt sie, bei ähnlich großen Einbußen wie im Osten, 24.1 Prozent der Stimmen. Die CDU erzielte mit 29.8 Prozent das erste Mal seit 1994 wieder den höchsten Stimmenanteil im Osten und konnte – anders als in den alten Bundesländern, wo sie mit 34.7 Prozent geringe Verluste zu verzeichnen hatte – mit einem Plus von 4.5 Prozentpunkten sogar zulegen. Ein überdurchschnittliches Ergebnis erreichte die CDU dabei in Sachsen (35.6 Prozent). Die FDP kam im Westen bei doppelt so hohen Zugewinnen wie im Osten

auf 15.4 Prozent, im Osten auf 10.6 Prozent. Auch die Grünen schnitten in den alten Ländern mit 11.5 Prozent erneut besser ab als in den neuen Ländern mit 6.8 Prozent. Einzig der Anteil der sonstigen Parteien unterschied sich anders als 2005, als im Osten ein in der Summe deutlich höherer Stimmenanteil auf sie entfallen war, jetzt kaum zwischen den alten und neuen Bundesländern (Westen: 5.9 Prozent, Osten: 6.3 Prozent).

Mit Blick auf das unterschiedliche Abschneiden der Parteien im Norden und im Süden der Republik zeigte sich die Union nur noch in Bayern besonders erfolgreich. Hier erzielte die CSU mit 42.6 Prozent trotz großer Verluste auch bei dieser Wahl im Ländervergleich das beste Ergebnis. Der Stimmenanteil in Baden-Württemberg, wo die CDU 2005 noch am zweitbesten abgeschnitten hatte, fiel 2009 mit 34.4 Prozent nur noch durchschnittlich aus und markierte zudem das schlechteste Ergebnis für die Partei in diesem Bundesland. Im Gegenzug konnte sich die FDP vor allem in Baden-Württemberg stark verbessern und kam dort mit 18.8 Prozent auf ihr bisher bestes Ergebnis. Die SPD, die erneut im Nordwesten überdurchschnittlich stark war, erreichte in Bremen (30.3 Prozent) und in Niedersachsen (29.3 Prozent) ihre besten Resultate. Vor allem für das Abschneiden der Grünen, aber auch der Union spielt neben der regionalen Komponente auch die Siedlungsstruktur eine wichtige Rolle. Die Union erzielt regelmäßig ihre besten Ergebnisse in Gebieten mit niedriger Bevölkerungsdichte, während die Grünen in städtischen Bereichen, vorzugsweise mit universitärem Umfeld, besonders erfolgreich sind. So lag ihr Stimmenanteil in den Großstädten Stuttgart (20.1 Prozent), Köln (17.9 Prozent) und Berlin (17.4 Prozent) weit über dem im Bund insgesamt.

2. Sozialstruktur und Wahlverhalten

Bei diesem Wahlergebnis sind die klassischen Fragen der Wahlsoziologie besonders interessant. So ist zu fragen, ob sich bei einem Erodieren der beiden "Volksparteien" eine hohe sozialstrukturell begründete Parteienneigung überhaupt ausmachen lässt. Die Wahlsoziologie verharrt seit Jahrzehnten in einem theoretischen Korsett bestehend aus dem makrosoziologischen Cleavage-Ansatz nach Lipset und Rokkan (Lipset und Rokkan 1967) und dem sozialpsychologischen Modell der Michigan School (Campbell et al. 1960). Im konflikttheoretischen Ansatz nach Lipset und Rokkan werden die Zugehörigkeit zu sozialen Großgruppen und ein entsprechendes Gruppenbewusstsein vorausgesetzt. Für spezifische Prognosen des Ansatzes, etwa die Wahlneigung von Katholiken mit religiöser Praxis zugunsten der Unionsparteien, scheint die Theorie nach wie vor anwendbar (vgl. auch Pappi und Brandenburg 2010; Debus 2010). Wahlpolitische Bedeutung hat der Ansatz aufgrund der geringen Menge an Wahlberechtigten, die noch einer Cleavagegruppe angehören, allerdings nicht mehr. Vor allem nachwachsende Generationen werden in den typischen Cleavagegruppen immer weniger beheimatet sein. Der sozialpsychologische Ansatz erklärt individuelles Wahlverhalten über politische Einstellungen. Dabei bleiben die Gewichte der unterschiedlichen Einstellungsdimensionen, der langfristigen Parteiidentifikation und der kurzfristigen Einstellungen zu Sachfragen und Kandidaten theoretisch unbestimmt. Da die Anzahl von Personen mit langfristigen Bindungen zugunsten einer einzigen Partei seit den

1970er Jahren stetig gesunken ist, konzentrieren wir uns stärker auf die kurzfristigen Einflussfaktoren.

Schoen (2005) formuliert in Anlehnung an Kitschelt (1994) eine Synthese der klassischen Erklärungsansätze, die sich von einer rein makrosoziologischen Denkweise des Gruppenbewusstseins verabschiedet und das Wahlverhalten als individualistisches *issue voting* begreift. Personen in verschiedenen sozialen Lagen entwickeln danach unterschiedliche politische Interessen, die ihre Parteineigung beeinflussen, ohne eine spezifische Gruppenidentität verinnerlicht zu haben. Wählerinnen und Wähler reagieren auf die Angebote der Parteien und neigen zu derjenigen Partei, die ihren politischen Einstellungen am ähnlichsten ist und die Bedürfnisse ihrer spezifischen sozialstrukturellen Lebenslage am ehesten zu vertreten vermag:

"Instead of an increasing randomness in the relations between social-structural and market experience of citizens, political preferences, and partisan choice, I would expect a tightening linkage between citizens' social structural conditions for preference formation, citizens' actual articulation of political issue positions, and the choice among parties in a programmatically differentiated field of competitors" (Kitschelt 2004: 21).

Daran anlehnend formuliert Schoen (2005: 157) spezifische Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, um ein sozialstrukturell verankertes Wahlverhalten hervorzubringen. Unter anderem müssen die politischen Eliten der unterschiedlichen Parteien im Wahlkampf Streitfragen formulieren, die für bestimmte Wertorientierungen stehen, oder bestimmte materielle Interessen unterstützen, die bei ähnlichen sozialen Gruppen auf politisches Interesse stoßen. Ändern sich politische Ausrichtungen und Inhalte von Parteien oder ändert sich das Parteiensystem selbst, variieren die Wählerinnen und Wähler, die sich von den unterschiedlichen Parteien angesprochen fühlen. So findet z. B. die Partei Die Linke unter den Arbeitern einen beachtlichen Zuspruch und macht der SPD ihre traditionelle Klientel streitig. Für die Union und die SPD wurde die Große Koalition zu einer erzwungenen Ruhepause im Parteienwettbewerb. Vier Regierungsjahre lang fand nur wenig konkrete Positionierung bezüglich kontroverser *policies* und Konzepte statt. Dieser Zwang zum inhaltlichen Konsens scheint der Union nicht so schlecht bekommen zu sein wie den Sozialdemokraten.

Wir stellen daher für die Bundestagswahl 2009 die rein empirisch zu klärenden Fragen, welche sozialstrukturellen Merkmale bei derartigen Veränderungen der parteipolitischen Kräfteverhältnisse das Wahlverhalten noch maßgeblich beeinflussen und welche Abweichungen von langfristiger Stabilität auszumachen sind. Im Anschluss daran untersuchen wir den Einfluss politischer Einstellungen auf das Wahlverhalten, also die Beurteilung von Parteien, Spitzenkandidaten und Kompetenzen in Sachfragen.

In diesem Abschnitt gehen wir der Frage nach, ob durch Veränderungen im parteipolitischen Kräfteverhältnis in unserem etablierten Fünf-Parteien-System Abweichungen von langfristiger Stabilität im Wahlverhalten zu erkennen sind. Wir untersuchen dabei die Beziehung von Cleavage-Indikatoren und Parteipräferenz in der langfristigen Zeitperspektive von 1976 bis 2009. Nachfolgend betrachten wir den Einfluss der sozialstrukturellen Merkmale auf die Parteialternativen konkret für die Bundestagswahl 2009 anhand einer multinominalen logistischen Regression.

Historisch betrachtet brachten das Parteiensystem der Bundesrepublik und die interessenpolitischen Ausrichtungen der beiden Volksparteien bis in die 1980er Jahre klare Alli-

anzen zwischen "gesinnungsmäßig" homogenen Stammwählern und den Volksparteien hervor. Die traditionelle Spaltungsstruktur des deutschen Parteiensystems wurde zum einen geprägt vom Klassenkonflikt zwischen Arbeitern, Gewerkschaften und Sozialdemokraten auf der einen und bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite, zum anderen von einem religiös-säkularen Gegensatz zwischen der CDU/CSU auf der einen und den anderen Parteien auf der Gegenseite (vgl. Pappi und Brandenburg 2010). Die Bindungen zwischen kirchlich gebundenen Katholiken und der Union sowie zwischen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und der SPD waren in den alten Bundesländern jahrzehntelang von großer Bedeutung. Die Intensität und das Ausmaß dieser langfristigen Bindungen sozialer Gruppen an die Parteien nehmen jedoch immer mehr ab. Auch scheinen die Parteien diesen Gruppen keine klare symbolische Repräsentanz mehr bieten zu können, allen voran die SPD, die ihre Positionierung im Sozialstaatskonflikt seit 1998 modifiziert und sozialstaatsaffine Wähler an die Linke verloren hat. Die Union näherte sich im Wahlkampf 2005 dem liberitären Pol an und vernachlässigte konservative Wähler. Im Gegensatz zur SPD hatte diese Positionsveränderung der Union bisher jedoch keine strukturellen Konsequenzen für das Parteiensystem.

Die SPD muss seit der Bundestagswahl 2002 bei ihren traditionellen Stammwählern, den Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern, kontinuierlich Verluste hinnehmen. Noch Ende der 1990er Jahre erzielten die Sozialdemokraten in diesen Wählergruppen mehr als die Hälfte der Stimmen. Nachdem die SPD 2002 und 2005 innerhalb der verschiedenen Berufsgruppen unter den Arbeitern noch ihr bestes Ergebnis erzielen konnte (44 Prozent und 37 Prozent gesamtdeutsch; tabellarisch nicht dargestellt), wurde sie im Jahr 2009 nur noch von einem Viertel der Arbeiter (25 Prozent, minus 12 Prozent) gewählt. Die Union bekam bei dieser Bundestagswahl unter den Arbeiter mit 31 Prozent mehr Stimmen als die SPD. Bei den Bundestagswahlen von 1976 bis 1998 erreichten die Sozialdemokraten unter westdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern mehr als die Hälfte der Stimmen, auch bei den Wahlen 2002 und 2005 hatten sie noch einen Wähleranteil von 52 und 50 Prozent. Im Wahljahr 2009 wurde die SPD unter Gewerkschaftsmitgliedern in Westdeutschland mit 36 Prozent zwar noch die stärkste Partei (vgl. Tabelle 4), musste aber im Vergleich zu den vergangenen Wahlen in ihrer Stammwählerschaft herbe Verluste hinnehmen. Auch unter gewerkschaftlich organisierten Arbeitern im Westen kam die SPD nur noch auf 37 Prozent. Selbst in den Jahren 2002 (56 Prozent) und 2005 (54 Prozent) wählte noch mehr als die Hälfte dieser traditionellen Cleavagegruppe die SPD. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft hatte als parteibindendes Merkmal deutlich an Wirkungskraft verloren. Die Linke profitiert seit 2005 von dieser Schwäche und konnte 2009 bei westdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern mit 14 Prozent ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielen. Selbst die FDP kam jedoch in dieser Gruppe auf 10 Prozent. Unter Arbeitern ohne gewerkschaftliche Bindung konnte die SPD zuletzt 1998 die meisten Stimmen für sich verbuchen. Bei den gewerkschaftlich organisierten Angestellten und Beamten war sie 2009 mit 35 Prozent zwar noch die stärkste Partei, musste jedoch auch in dieser Gruppe zum wiederholten Male Einbußen hinnehmen. Im Wahljahr 2002 hatte sie in dieser Gruppe noch 58 Prozent der Stimmen erzielt, 2005 hatte sie 11 und 2009 weitere 10 Prozentpunkte verloren. Auch in dieser Gruppe konnte die Linke erneut zulegen.

Tabelle 4: Wahlentscheidung und Gewerkschaftsmitgliedschaft nach Berufsgruppen in Prozent (Wahlgebiet West)

Wahlent- scheidung	Alle Befragten											
	Mitglieder						Nichtmitglieder					
	1990	1994	1998	2002	2005	2009	1990	1994	1998	2002	2005	2009
CDU/CSU	31	30	23	28	23	24	47	45	40	43	40	36
SPD	53	54	60	52	50	36	31	33	39	35	32	21
FDP	7	4	3	6	5	10	12	9	8	8	11	17
Linke*	–	1	2	2	8	14	–	1	1	1	4	7
Grüne	5	8	7	10	9	11	5	9	8	10	9	12
n	3032	2819	2742	2734	2705	1895	11360	10394	11930	12263	14096	9598

	Arbeiter											
	Mitglieder						Nichtmitglieder					
	1990	1994	1998	2002	2005	2009	1990	1994	1998	2002	2005	2009
CDU/CSU	29	27	19	29	22	24	43	40	36	44	39	35
SPD	58	60	66	56	54	37	40	43	46	40	36	24
FDP	5	2	2	6	5	11	7	5	4	7	9	15
Linke*	–	1	2	1	8	14	–	1	1	1	6	11
Grüne	2	5	3	5	6	7	3	6	4	4	5	8
n	1167	1214	1078	1149	1110	762	1434	1776	2132	3050	3363	2120

	Angestellte und Beamte											
	Mitglieder						Nichtmitglieder					
	1990	1994	1998	2002	2005	2009	1990	1994	1998	2002	2005	2009
CDU/CSU	31	28	21	21	23	25	46	42	37	40	34	36
SPD	51	52	58	58	47	35	32	35	41	38	39	23
FDP	8	5	4	5	5	9	13	9	9	8	10	16
Linke*	–	2	2	2	9	13	–	1	1	1	5	7
Grüne	6	10	11	12	12	14	5	10	9	11	10	13
n	1527	905	889	967	967	975	5001	4311	4814	5641	6686	5152

* Bis Juli 2005: PDS, von Juli 2005 bis Juni 2007: Die Linke.PDS.

Quelle: Wahltagbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen e. V.

In den neuen Bundesländern (vgl. Tabelle 5) war die Linke 2009 bei den Arbeitern mit 32 Prozent die stärkste Partei, nachdem sie 2005 noch mit der SPD (beide 29 Prozent) gleichauf gewesen war. Die Union konnte sich auf 29 Prozent verbessern und die SPD, die unter den Arbeitern in Ostdeutschland im Wahljahr 2002 mit 40 Prozent der Stimmen eine klare Vorrangstellung innegehabt hatte, sank auf einen Stimmenanteil von 17 Prozent. Während die SPD in allen Berufsgruppen verlor, konnten die CDU und die Linke in allen Berufsgruppen Gewinne verbuchen. Die Linke vergrößerte in Ostdeutschland ihren Stimmenanteil

bei den Angestellten und Beamten (29 Prozent, plus 4) und selbst bei den Selbstständigen (21 Prozent, plus 7). Damit war sie in beiden Gruppen erstmals stärker als die SPD mit (20 und 11 Prozent).

Tabelle 5: Wahlergebnis nach Berufsgruppen in Prozent (Wahlgebiet Ost)

	Gesamt							Arbeiter						
	VK	BTW	BTW	BTW	BTW	BTW	BTW	VK	BTW	BTW	BTW	BTW	BTW	BTW
	1990	1990	1994	1998	2002	2005	2009	1990	1990	1994	1998	2002	2005	2009
CDU	41	42	39	28	28	25	30	47	49	41	27	30	25	29
SPD	22	24	32	36	40	31	18	22	25	35	39	40	29	17
FDP	5	13	4	4	6	8	11	4	11	3	3	7	6	10
Linke*	16	11	20	20	17	25	29	12	7	15	17	15	29	32
Grüne	5	6	4	5	5	5	7	3	4	3	2	3	3	5
n	10862	7615	5458	5424	4809	6587	8206	4637	2756	1967	1819	1833	2417	2759

	Angestellte und Beamte							Selbstständige						
	VK	BTW	BTW	BTW	BTW	BTW	BTW	VK	BTW	BTW	BTW	BTW	BTW	BTW
	1990	1990	1994	1998	2002	2005	2009	1990	1990	1994	1998	2002	2005	2009
CDU	38	36	32	24	25	24	30	54	50	51	36	44	32	34
SPD	21	25	30	35	41	33	20	13	16	20	20	22	23	11
FDP	6	15	4	4	6	8	10	12	21	7	10	10	17	18
Linke*	19	14	27	24	20	25	29	5	6	15	17	13	14	21
Grüne	6	8	5	7	6	6	7	3	4	4	9	8	8	9
n	2892	3548	2272	2188	2044	2842	3408	453	321	399	365	347	512	751

Anmerkungen: VK = Volkskammerwahl; BTW = Bundestagswahl.

* Bis Juli 2005: PDS, von Juli 2005 bis Juni 2007: Die Linke.PDS.

Quelle: Wahltagbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen e. V.

Tabelle 6: Wahlentscheidung und Konfession in Prozent (Wahlgebiet West)

Wahlent- scheidung	Katholiken						Nichtkatholiken					
	1990	1994	1998	2002	2005	2009	1990	1994	1998	2002	2005	2009
CDU/CSU	55	52	47	53	48	44	37	35	29	33	30	28
SPD	28	31	36	30	28	20	41	43	48	44	40	25
FDP	8	7	6	7	10	16	12	8	8	8	10	15
Linke*	–	1	1	1	4	6	–	1	2	1	6	15
Grüne	4	6	6	8	7	9	5	9	9	11	10	12
n	6411	5990	6208	6054	6869	4766	9349	7832	8386	8693	9766	9447

* Bis Juli 2005: PDS, von Juli 2005 bis Juni 2007: Die Linke.PDS.

Quelle: Wahltagbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen e. V.

Weniger die Konfessionsunterschiede als die Stärke der Kirchenbindung spielten beim Wahlverhalten weiterhin eine große Rolle. Zwar nimmt über die Zeit in beiden Konfessionen die Kirchenbindung ab, jedoch zeigt sich weiterhin eine klare Tendenz der kirchlich gebundenen Katholiken zugunsten der CDU/CSU. So erreichte die Union bei westdeutschen Katholiken, wenn auch mit Verlusten, 2009 ein weit überdurchschnittliches Ergebnis von 44 Prozent (minus 4). Bei Katholiken mit Kirchenbindung kam sie sogar auf 67 Prozent (minus 5). Die SPD konnte in dieser Gruppe lediglich 12 Prozent der Stimmen für sich verbuchen. Diese treue Anhängerschaft der Union verliert jedoch immer mehr an Bedeutung, da der Anteil der Katholiken mit starker Kirchenbindung inzwischen auf 8 Prozent an der Gesamtheit der Wahlberechtigten zurückgegangen ist. Die SPD büßte 2009 ihren Vorsprung bei den Protestanten mit 27 Prozent (minus 13) ein und die Union wurde mit 32 Prozent (minus 2) in dieser Gruppe die stärkste Partei. Lediglich bei den westdeutschen Konfessionslosen blieb die SPD mit 24 Prozent (minus 13) noch vor der Union mit 20 Prozent (minus 2) und der FDP mit 18 Prozent (plus 7). In den neuen Bundesländern war die Linke unter den Konfessionslosen mit 33 Prozent (plus 3) erstmals die stärkste Partei. Damit löste sie die SPD ab, die 2002 deutlich und auch noch 2005 knapp besser abschnitt.

Tabelle 7: Wahlentscheidung und Konfession in Prozent (Wahlgebiet Ost)

Wahlent- scheidung	Gesamt							Katholiken						
	VK 1990	BTW 1990	BTW 1994	BTW 1998	BTW 2002	BTW 2005	BTW 2009	VK 1990	BTW 1990	BTW 1994	BTW 1998	BTW 2002	BTW 2005	BTW 2009
CDU	41	42	39	28	28	25	30	66	66	69	46	47	45	45
SPD	22	24	32	36	40	31	18	12	12	20	28	30	23	16
FDP	5	13	4	4	6	8	11	5	11	3	3	6	10	10
Linke*	16	11	20	20	17	25	29	5	2	3	8	7	12	17
Grüne	5	6	4	5	5	5	7	4	5	3	9	7	7	9
n	10862	7615	5458	5424	4809	6587	8206	664	510	339	309	222	277	370
	Protestanten							ohne Konfession						
	VK 1990	BTW 1990	BTW 1994	BTW 1998	BTW 2002	BTW 2005	BTW 2009	VK 1990	BTW 1990	BTW 1994	BTW 1998	BTW 2002	BTW 2005	BTW 2009
CDU	54	53	53	37	37	34	39	30	32	27	21	23	20	24
SPD	21	21	29	35	39	31	19	24	28	34	36	40	31	17
FDP	6	15	5	5	6	8	11	5	12	3	3	7	8	11
Linke*	5	3	6	9	10	16	19	25	17	29	26	21	30	33
Grüne	4	5	5	6	5	5	7	6	7	4	5	5	5	7
n	3719	2579	1631	1526	1413	1880	2004	6057	4278	3196	3268	2947	4066	5117

Anmerkungen: VK = Volkskammerwahl; BTW = Bundestagswahl.

* Bis Juli 2005: PDS, von Juli 2005 bis Juni 2007: Die Linke.PDS.

Quelle: Wahltagebefragungen der Forschungsgruppe Wahlen e. V.

Tabelle 8: Wahlentscheidung und Kirchenbindung in Prozent (Wahlgebiet West)

Wahlentscheidung	Katholiken													
	stark							mäßig						
	1990	1994	1998	2002	2005	2009	2009	1990	1994	1998	2002	2005	2009	2009
CDU/CSU	78	74	70	73	72	67	58	50	54	50	58	51	50	33
SPD	12	14	20	16	15	12	26	36	29	36	26	26	17	24
FDP	5	6	5	4	8	10	9	6	8	6	6	10	16	17
Linke*	–	0	0	0	1	2	–	0	0	0	1	2	4	8
Grüne	2	2	3	5	3	5	3	4	6	4	7	7	9	11
n	1780	1440	1234	1060	1269	725	1894	1772	2008	2049	2408	1602	2589	2387
Protestanten														
ohne Konfession														
CDU/CSU	39	37	32	32	36	44	34	32	27	25	22	28	22	20
SPD	41	44	48	48	44	40	40	27	15	46	47	40	42	24
FDP	13	8	8	8	8	10	10	15	8	11	7	8	9	18
Linke*	–	1	1	1	1	4	4	8	4	–	4	3	3	13
Grüne	4	8	7	7	9	9	9	12	11	11	13	15	16	16
n	7324	6162	6410	6225	6225	6965	6965	4565	1534	1534	1976	2468	2802	2113

* Bis Juli 2005: PDS, von Juli 2005 bis Juni 2007: Die Linke.PDS.
Quelle: Wahltagbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen e.V.

Wahlen und Wähler

Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009

Weßels, B.; Schoen, H.; Gabriel, O. (Hrsg.)

2013, IX, 568 S. 64 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-01327-1